

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 11

Artikel: Preussens Aufgabe in der Vergangenheit und Zukunft
Autor: Schönberg, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157042>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Decurtins (Graubünden) sieht in der veränderten Haltung der Radikalen einen interessanten Beitrag zur Morphologie der Parteien. Die demokratische Entwicklung werde man nicht aufhalten können. Bei der Volkswahl gebe es keinen Kulturkampf mehr. Er fürchte das Parlament mehr als das Volk. Die sozialen Ideen finden bei diesem leichter Unterstützung als beim Parlament.

Ferner sprachen sich Meister (Zürich), Jeanhenry (Neuenburg) und Hirter (Bern) gegen, Triquet (Genf) und Gschwind (Baselland) für die Volkswahl aus. Meister behauptete, im Kanton Zürich habe man mit der Volkswahl keine guten Erfahrungen gemacht. Die Kandidaten werden heruntergerissen, die Mittelmäßigkeit hervorgezogen, so daß es schwer sei, tüchtige Männer als Bewerber zu gewinnen, wie denn auch Zangger, Bleuler, Ziegler, Geilinger und übrigens auch er selbst im Wahlkampf unterlegen seien. Ebenso schlimm sei, daß man unfähige Leute, wenn sie einmal gewählt seien, nicht mehr wegbringe. Für die Bureaucratie sei die Volkswahl eher günstiger. Gschwind erwähnte die Mißstimmung gegen die Bundesverwaltung, die auch den Fall der *lex Forrer* bewirkt habe. Am Sitzungstage habe ihm ein Bundesrat erklärt, die Volkswahl werde in nicht allzu ferner Zeit zur Wahrheit werden.

Im Ständerat sprachen Scherb (Thurgau) gegen und Ritschard (Bern) für die Volkswahl des Bundesrates, ohne neue Gesichtspunkte anzuführen. Winiger (Luzern) erklärte, die Volkswahl sei lediglich eine Frage der Zeit; sie werde kommen müssen, wenn die Ansammlung vermehrter Macht in der Hand der Zentralgewalt weitere Fortschritte mache. Das Volk solle entscheiden. Er enthalte sich der Stimmabgabe.

(Schluß folgt.)

Breußens Aufgabe in Vergangenheit und Zukunft.

Von Franz Schönberg.

Sch bin Rheinländer und also — nach verbreiteter Auffassung — ein Mußpreuße. Das trifft insofern zu, als das Rheinland nicht freiwillig zu Preußen gekommen ist. Es ist aber auch nicht im Eroberungswege an diesen Staat gelangt, vielmehr ihm von Großbritannien und Oesterreich geradezu aufgedrängt worden. Bekannt ist die Äußerung eines Kölners im Jahre 1815: „Da hammer ävver in en ärm Famillje erin-jehivot.“ Sie kennzeichnet sehr treffend die Einstellung des an üppigen Lebensgenuß gewöhnten Rheinländers zum preußischen Staat und den seit der Besitzergreifung in das Land gelangten preußischen Beamten, den „Hungerleidern“. Der Athener mag ähnlich über den Spartaner geurteilt haben. Der verwöhnten rheinischen Erbin ist ihre nicht ganz standesgemäße Heirat mit dem armen preußischen Junker recht gut bekommen. Es hat eine Zeitlang gedauert, bis sie sich an seine spartanische

Lebensweise und strenge Pflichtauffassung, vor allem aber auch an Gehorsam gegen seine eheherrlichen Anordnungen gewöhnte. Reibereien kamen vor und waren in den ersten Jahrzehnten sogar an der Tagesordnung. Der welsche Galan, dem der Preuße die Braut abgerungen und abgezwungen, sparte nicht mit Lockungen und Schmeichelnworten. Zuweilen kokettierte sie auch mit ihm ein wenig, mehr um den allzu trockenen Herrn und Gebieter zu ärgern und zu reizen, als um ein ernstliches Verhältnis anzubahnen. Preußen seinerseits ward niemals die Sorge ganz los, das Rheinland könne ihm die Treue brechen und sich in die bereit gehaltenen Arme Frankreichs stürzen. Dieses eifersüchtige Mißtrauen wurde am Rhein als Kränkung empfunden.

Erschwerend kam hinzu, daß die Ehe zwischen Preußen und dem Rheinlande in konfessioneller Beziehung eine Mischehe war und beide Gatten ihre kirchlichen Verpflichtungen ernst nahmen. Wenn auch der eine die abweichende Glaubensmeinung des andern tolerierte und achtete, so blieben doch beiderseitige Bekehrungsversuche nicht aus. Die daraus erwachsende Mißstimmung wurde von der Geistlichkeit beider Bekenntnisse aufzuputtschen versucht. Es kam zu mancherlei Szenen und heftigen Auftritten. Aber die Krise wurde immer wieder überwunden und das Zusammenleben der zunächst nur verstandesmäßig verbundenen Gatten gestaltete sich schließlich doch gefühlsmäßig warm und glücklich. Sehr viel trug dazu bei, daß Preußen das reiche Erbgut des Rheinlandes, das ihm als Mitgift zugefallen war, geradezu glänzend verwaltete und mit den ihm anvertrauten Pfunden wucherte. Man söhnte sich am Rhein mit dem preußischen Beamtentum aus, als man erkannte, daß diese „Hungerleider“ durch ihre zunächst unbegriffene Anspruchslosigkeit und Pflichttreue das rheinische Wirtschaftsleben in verhältnismäßig kurzer Zeit einer Hochblüte entgegenführten, wie sie seit dem Mittelalter nicht mehr erlebt worden war. In immer größerer Zahl traten auch geborene Rheinländer in die preußische Armee und preußische Verwaltung ein und eigneten sich den preußischen Geist an, der schließlich die ganze Bevölkerung durchsäuerte und ihr Denken und Fühlen umgestaltete. Heute sind die Rheinländer so gute Preußen wie die Bewohner der übrigen Landesteile. Sie haben auch ihrerseits auf den preußischen Staat und das preußische Wesen bestimmenden Einfluß ausgeübt. Aus der anfänglichen Antithese ist eine Synthese geworden.

Das trat offen zu Tage, als die Franzosen nach dem Versailler Frieden ihre Stellung als Besatzungsmacht mißbräuchlich auszunutzen versuchten, um das Rheinland vom preußischen Staate und dadurch auch vom deutschen Reiche loszureißen. Der äußere und innere Zusammenbruch und die anfängliche grenzenlose Verwirrung aller politischen Verhältnisse und Begriffe gab ihnen eine günstige Chance. Man wußte nicht, was jenseits des Rheines werden sollte und ob nicht die bolschewistische Sturmflut sich hemmungslos über das gesamte nicht besetzte Deutschland ausbreiten und die Früchte einer tausendjährigen Kultur in ihren Fluten begraben und verschlammen würde. Nicht wenige sahen in der Fremdbesatzung den einzigen Schutzdamm gegen die heran-

nahende Gefahr und erörterten die Frage, ob nicht gerade um Deutschlands willen die besetzten Gebiete sich zeitweilig von ihm lösen und dadurch die deutsche Kultur und deutsche Wirtschaft wenigstens in diesem Teile deutschen Landes erhalten und in die Zukunft hinüberretten sollten. Der preußische Staat, die Schöpfung seiner Könige, die nur durch die Kräfte erhalten werden konnte, die sie geschaffen hatten, schien infolge der Beseitigung der Monarchie rettungslos dem Untergange preisgegeben. Der dem Könige geleistete Treuschwur verpflichtete in den Augen vieler nicht mehr gegenüber dem durch die Beseitigung der Monarchie enthaupteten Staate. Noch einmal, zum letzten Mal, stiegen aus verborgenen Gemütswinkeln die vielen fast schon abgestorbenen Ressentiments hoch, welche in vergangenen Jahrzehnten gegen das Preußentum und den preußischen Staat bestanden hatten. Aber sie vergingen schnell und ohne eine Spur zu hinterlassen, wie der Schaum, der sich über die erregten Meereswellen lagert und verschwindet, sobald sich der Sturm gelegt hat. In der größten Verwirrung und Gefahr haben sich Rheinländertum und Preußentum wiedergefunden und sich gegenseitig einen so unwiderleglichen Beweis der Treue gegeben, daß damit auf beiden Seiten auch der letzte Rest von Argwohn und Mißtrauen zerstreut ist. Das Idealbild aber, das sich viele Rheinländer aus Erinnerung an napoleonische Zeiten von Frankreich gemacht hatten, ist durch die persönliche Bekanntschaft mit den westlichen Nachbarn und ihren Herrschafts- und Verwaltungsmethoden gründlich und für alle Zukunft zerstört worden. Die Franzosen ihrerseits kannten die Rheinländer nicht wieder, deren starke Hinneigung zu Frankreich für sie seit den Tagen der großen Revolution und des allgewaltigen Schlachtenkaisers als feststehend gegolten hatte und haben ihrer Enttäuschung und Verstimmung dem Verfasser gegenüber häufig in bitteren Worten Ausdruck verliehen. Sie griffen nicht fehl, wenn sie die Bevölkerung des preußischen Rheinlandes und darüber hinaus das gesamte Reichsdeutschtum als durch und durch verpreußt bezeichneten. Die preußische Prägung Reichsdeutschlands ist in der Tat unverkennbar.

Sie hat sich selbst den Elsaß-Lothringern in den wenigen Jahrzehnten ihrer Wiederzusammengehörigkeit mit dem Reiche merklich aufgedrückt. Sie mögen noch so oft den benachbarten Luxemburgern nachsprechen und nachsingen: „Wir welle keen Preiße sin“; die Franzosen selbst empfinden und bezeichnen die zurückgekehrten Brüder aus den beiden durch den Frankfurter Frieden abgetrennten Departements als mittlerweile rettungslos verpreußt.

Innerhalb der heutigen Reichsgrenzen treten die Bayern als die partikularistischen Vorkämpfer gegen den Einheitsstaatsgedanken und die zunehmende Verpreußung des Reiches auf. Aber auch sie sind längst nicht mehr die Alten. Man braucht den heutigen Bayern nur einmal in Gedanken neben den Österreicher zu stellen, um klar zu erkennen, wie sehr auch er bereits den charakteristischen Typus des Reichsdeutschen, d. h. des verpreußten Deutschen angenommen hat.

Ist die Verpreußung ein Glück oder ein Unglück für Reichsdeutsch-

land gewesen? Im Auslande wird man geneigt sein, sie als ein Unglück zu betrachten. Vor allem in Frankreich wünscht man sich den deutschen Dichter und Träumer der klassischen Zeit von Weimar zurück, bedenkt aber nicht, was gerade Frankreich den unpolitischen Deutschen des 17. und 18. Jahrhunderts angetan hat. Man vergißt die Wahrheit des alten Satzes, daß Druck Gegendruck erzeugt und daß sich mit geschichtlicher Notwendigkeit dem militärischen Vordrängen Frankreichs über den Rhein ein nach französischem Muster geschaffener deutscher Militärstaat entgegenstellen mußte. Die Franzosen sind die Lehrmeister Preußens auf militärischem und verwaltungstechnischem Gebiete gewesen. Der größte preußische König war Kulturfranzose und noch bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts hinein war das Exerzierreglement der preußischen Armee in einem halb französischen Jargon gehalten.

Die Preußen sind bei den Franzosen in die Schule gegangen; sie haben aber den französischen Staat nicht slavisch nachgeahmt. Auch der Preußenkönig war absoluter Herrscher, aber er identifizierte seine Person nicht mit dem Staate; er betrachtete sich als den ersten Diener des Staates und war es in der Tat. Die in den preußischen Stammländern fast allein herrschende lutherische Lehre erblickte im Fürsten den Amtmann Gottes am Fürstentum. Als Inhaber der weltlichen Gewalt war der König zugleich der summus episcopus der Landeskirche, vereinigte also die geistliche und die weltliche Autorität, die nach katholischer Auffassung zwischen Kaiser und Papst verteilt war. Im alten Ordensland Preußen bestand diese Vereinigung auch schon in katholischer Zeit, indem der Hochmeister des Ordens der souveräne, selbst vom Kaiser unabhängige Beherrscher des Ordenslandes war. Wie Calvin, so verwarf auch Luther die katholische Lehre von den guten Werken. Nach seiner Auffassung soll der Mensch die Welt nicht fliehen, sondern sich in ihr bewähren, seinen irdischen Beruf als göttliche Berufung ansehen. Auch der Gutsbesitzer galt als Gottes Amtmann in seinem Gutshofe, der Handwerker in seiner Werkstatt, der Kaufmann in seinem Geschäftsbetrieb. Alle aber waren dem Fürsten als dem Amtmann Gottes am Staate untertan und im Gewissen zum Gehorsam und zur Treue verpflichtet. Sie bildeten mit dem Fürsten und in Unterordnung unter diesen einen unsichtbaren Orden, der Gottes Werk auf Erden tat. Der preußische Staat war somit der Idee nach schon ein Beamtenstaat, ehe sich in ihm eine Beamtenschaft als Sonderberufs-kategorie herausgebildet hatte; denn jeder war Gottes Amtmann an dem Platze, auf welchen das Leben ihn gestellt hatte.

Wie vor Gott, so waren auch vor dem Fürsten und dessen Gesetzen die Untertanen gleich. Diese Gleichheit war aber keine schematische und mechanische; denn jeder war von Gott berufen und daher berechtigt und verpflichtet, die Stellung einzunehmen und auszufüllen, in der er sich befand. *Suum cuique*, jedem das Seine, war daher der nicht zufällige Wahlspruch der preußischen Könige. Die Aufgabe war einem jeden von oben, unmittelbar von Gott oder mittelbar durch den Landesherrn, dem Amtmann Gottes am Staate, gestellt. Die Art und Weise, wie er sie nach bestem Wissen und Gewissen sachlich löste, blieb der Freiheit des

Einzelnen überlassen. Er handelte in dem ihm vorgezeichneten Rahmen auf eigene Verantwortung. Mit dem Pflichtgedanken verband sich, wie dieser aus dem Ordensrittertum stammend, ein hoch gesteigerter Ehrbegriff. Dieser preußische Ehrbegriff hat wenig mit dem Ruhmbedürfnis eines romantischen Abenteurers zu tun. Er verknüpfte sich, wie der religiöse Pflichtgedanke, aufs Innigste mit dem beruflichen Leben. Die bestmögliche Lösung der übernommenen oder durch Beruf oder durch den Staatswillen gesetzten Aufgabe forderte und gab Ehre. Als Amtmann Gottes am Fürstentum war der Landesherr der berufene Verwalter und Auspender auch der verdienten äußeren Anerkennung und Ehrung.

Es ist kein Wunder, daß ein von so hohen, den Fürsten und sein Volk gleichmäßig befehlenden Ideen getragener Staat sich in jedem Menschenalter an Gebietsumfang fast verdoppelte und in verhältnismäßig kurzer Zeit zur deutschen Vormacht und zur europäischen Großmacht emporkam. Je größer er wurde, umso schmaler wurde seine ursprüngliche Basis und desto schwieriger gestaltete sich seine Aufgabe, die neu hinzugekommenen Gebietsteile und deren Bevölkerung mit denselben Ideen zu erfüllen, von denen seine Stammlande befeelt waren. Manchmal schien es, daß die innere Kraft nachlasse und ganz dahinschwinde. Insbesondere nach großen Erfolgen, wie dem der Regierungszeit des Großen Kurfürsten, der Friedrichianischen Zeit, der Bismarck'schen Periode, trat eine unverkennbare Erschlaffung ein, zeigten sich Verfallserscheinungen, die den Gedanken aufkommen ließen, es sei nun ein für allemal mit der preußischen Herrlichkeit vorbei. Aber jedesmal bewies der Staat die Kraft, sich von innen heraus zu regenerieren und in verjüngter Gestalt den ihm vorgezeichneten weltgeschichtlichen Weg erfolgreich weiter zu beschreiten. Jedesmal fanden sich Männer, manchmal Außenseiter, die innerlich vom preußischen Staatsgedanken ergriffen, das Erneuerungswerk begannen und, von den gesund gebliebenen Kräften im Volke unterstützt, es erfolgreich zu Ende führten.

Auch zur Zeit befindet sich der preußische Staat in einer Erschlaffungsperiode, die nach den ungeheuern Leistungen im Weltkriege sehr natürlich ist. Aber es kann heute schon als ausgemacht gelten, daß er seinen zahlreichen äußeren und inneren Feinden nicht unterliegen wird. Ihm scheint die wunderbare Kraft inne zu wohnen, seine Gegner, wenn diese äußerlich den Sieg über ihn gewonnen zu haben vermeinen, innerlich zu überwinden und in seinen Dienst zu stellen. Als das nachfriedrichianische Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Hammer schlägen des großen Korsets ruhmlos erlegen war und dem sicheren Untergange verfallen schien, erinnerte sich die von dem Gedanken der großen französischen Revolution befruchtete und dem preußischen Staate bis dahin feindlich gegenüberstehende bürgerliche Intelligenz daran, daß der aufgeklärte Absolutismus Friedrichs des Großen Geist von ihrem Geiste gewesen war und straffte alle Kräfte zum Rettungswerke. Die ursprünglich so preußenfeindliche liberale Revolution von 1848 endigte damit, daß die Frankfurter Nationalversammlung den Preußenkönig zum deutschen Kaiser wählte. Aus der staatsfeindlichen Fortschrittspartei gingen die

Männer hervor, welche die besten Helfer Bismarcks bei seinem Einigungswerk waren. Vor dem Weltkriege zeichnete sich die deutsche Sozialdemokratie durch besondere Preußenfeindlichkeit aus. Nach der Niederlage und der Staatsumwälzung fiel ihr die Leitung des preußischen Staatswesens zu. Es wäre ihr ein Leichtes gewesen und entsprach auch wohl der ursprünglichen Absicht, den verhassten Junkerstaat zu zerbrechen, zum mindesten im Reiche vollständig aufgehen zu lassen. Aber heute, nach zehn Jahren, müssen wir feststellen, daß die neuen Leiter der preußischen Geschichte in vielen Dingen fast noch preußischer geworden sind als ihre ehemals so scharf bekämpften Vorgänger. Ähnlich liegen die Dinge beim preußischen Zentrum. Der preußische Staat ist von Hause aus ein protestantischer Staat gewesen und war schon aus diesem Grunde bei seinen allmählich hinzu erworbenen katholischen Untertanen wenig beliebt. Solange diese von der Anteilnahme an seiner Leitung so gut wie ausgeschlossen waren, war ihr Interesse an demselben ein sehr laues und beschränkte sich auf die Erfüllung der auch kirchlich gebotenen Untertanenpflicht. In dem Maße aber, in welchem das preußische Zentrum an der Leitung des preußischen Staates mitbeteiligt wurde und die maßgebenden Stellen im Staate mit Parteifreunden besetzte, verringerte sich diese Abneigung und Interesselosigkeit und schlug in ihr geradezu Gegenteil um. Nicht anders ist es übrigens mit dem ostelbischen Junkertum gewesen, welches man heute in Unkenntnis der wirklichen Geschichte gerne mit dem preußischen Staate identifiziert. Das deutsche Fürstentum ist zwar aus dem Adel emporgewachsen, aber nur in heftigstem Kampf mit ihm groß geworden. Insbesondere die preußischen Herrscher hatten sowohl in Brandenburg wie in Preußen mit einem ungewöhnlich widerspenstigen und selbstbewußten Adel um die Macht zu ringen, und es bedurfte geraumer Zeit und nachhaltiger Anstrengung, bis dieser Adel sich in das preußische Staatsgefüge einordnete und seine vornehmste Pflicht und Ehre im Staatsdienste erblickte. Das Bürgertum hat den preußischen Staat solange bekämpft, als es ihn mit der Junkerkaste, durch die es sich benachteiligt glaubte, verwechselte. Zur Herrschaft gelangt, nahm es die Staatsidee in sich auf und erfüllte sie mit neuem Inhalt. Auch die Arbeiterschaft sah im preußischen Staat lange Zeit nur das stärkste Bollwerk der junkerlichen und bürgerlichen Klassenherrschaft. Nachdem sie sich gegen beide erfolgreich behauptet und durchgesetzt hatte, dämmerte ihr die Erkenntnis, daß im preußischen Staate Ideen eine Vorverwirklichung gefunden hatten, die sie als ihre ureigensten Gedanken wiedererkannte. Bereits einige Jahre nach der Revolution konnte Spengler es wagen, Preußentum und Sozialismus geradezu gleichzusetzen. Im gegenwärtigen Augenblicke, da das Remarque'sche Werk: „Im Westen nichts Neues“ die Kriegserinnerungen wieder wachruft, fällt es manchem Deutschen wie Schuppen von den Augen. Mit eiserner Rücksichtslosigkeit, die wir alle für selbstverständlich hielten, zwang damals der Staat den reichen Fabrikanten, den angesehenen Gelehrten und hohen Beamten im vorgerückten Lebensalter zur Erfüllung der Kriegsdienstpflicht als gewöhnlicher Soldat, unterstellte ihn be-

dingungslos dem Befehle und manchmal der Schikane eines Unteroffiziers, der vielleicht vorher sein Arbeiter oder Schüler gewesen war. Mit derselben Rücksichtslosigkeit wurde die Verteilung der knapp gewordenen Lebensmittel gleichmäßig geregelt, ohne jede Bevorzugung des Wohlhabenden vor dem Armen.

Es ist noch in aller Erinnerung, daß gerade diese Rücksichtslosigkeit gegen Bildung und Besitz sehr stark zur Untergrabung der Kriegsstimmung beigetragen hat, und daß andererseits die Empörung der unteren Volksschichten über die vielfältige offene Übertretung dieser eisernen Bestimmungen durch die höheren Stände die Massen im Lande und schließlich auch an der Front für die Aufnahme des vom Auslande her mit Fleiß infizierten revolutionären Bazillus empfänglich machte, dessen feuchenartige Ausbreitung schließlich den Kriegsverlust zur Folge hatte. Wir wissen auch sehr wohl, daß nichts so sehr den Sturz der Monarchie in Deutschland begünstigt, ja, allein möglich gemacht hat, wie die Flucht des Kaisers nach Holland. Nicht zuletzt beim gemeinen Soldaten bäumte sich der Preußengeist dagegen auf, daß der an verantwortlichster Stelle Stehende pflichtwidrig seinen Posten verlasse. Es ist möglich und sogar sehr wahrscheinlich, daß die Geschichte über die von der Reichsleitung in Berlin veranlaßte, wenn nicht erzwungene Flucht des Kaisers nach Holland ein anderes und ein gerechteres Urteil sprechen wird als die erregte Volks- und Soldatenstimmung in den entscheidenden Novembertagen 1918. Aber es ist ein tragisches Verhängnis, daß die preußische Monarchie, die die Schöpferin und Trägerin der preußischen Staatsidee war, durch diese von ihr geschaffene und gepflegte Idee selbst gestürzt worden ist, weil der derzeitige Träger der Krone sich nach der Empfindung des Volkes persönlich in Widerspruch zu dieser Idee setzte und dadurch als unwürdig erwies, die Krone länger zu tragen. War selbst bei der preußischen und deutschen Revolution gegen den preußischen und deutschen Staat und sein Oberhaupt die preußische Idee wirksam, wenn auch sinnlos gegen ihre eigene Schöpfung und Krönung wütend und die Entwicklung zurückschleudernd, so kann die sichere Feststellung getroffen werden, daß sie auch heute nicht abgestorben ist, daß sie vielmehr unter der Decke fortlebt und fortwirkt, nicht nur bei den Anhängern der alten Ordnung, sondern auch bei denen, die damals diese Ordnung über den Haufen geworfen haben.

Der äußere Bestand des preußischen Staates ist durch die Abtretungen des Versailler Vertrages geschmälert. Dafür haben einige der kleinsten Bundesstaaten in den letzten zehn Jahren ihre freiwillige Eingliederung in Preußen vollzogen. Mehr und mehr wird die Lage der übrigen deutschen Bundesstaaten, zumal in finanzieller Hinsicht, unhaltbar. Die ungeheuern Reparationslasten zwingen das deutsche Volk, seine staatliche Organisation durch Vereinfachung zu verbilligen. Die deutsche Linke erstrebt und fordert den Einheitsstaat. Gegen seine Einführung wehrt sich vor allem Süddeutschland. Die süddeutschen Länder sind auch heute noch lebensfähig und lebenswillig. Ihre zwangsweise Überführung in ein einheitsstaatliches System würde als schwerste Ver-

gewaltigung empfunden werden und Widerstände auslösen, die den inneren Frieden Deutschlands in Frage stellten. In den Ländern Nord- und Mitteldeutschlands würde die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates kaum auf große Schwierigkeiten stoßen. Weil diese aber angesichts der Weigerung Süddeutschlands unmöglich ist, muß man nach anderen Mitteln und Wegen suchen, die deutsche Staatsfrage zu lösen. Es bieten sich zwei Wege. Man könnte den preußischen Staat als Reichsland erklären und die übrigen Länder einladen, sich gleichfalls in Reichsland umzuwandeln. Voraussichtlich würden die norddeutschen, und nach und nach auch die mitteldeutschen Staaten dieser Einladung folgen. Dann bestünde im größten Teile von Deutschland der Einheitsstaat und behielten nur die süddeutschen Länder ihre Sonderstellung bei. Süddeutschland ist gegen diesen Plan, weil es glaubt, sich im Falle seiner Durchführung auf die Dauer nicht vor der Einschmelzung in diesen Einheitsstaat schützen zu können. In Nord- und Mitteldeutschland macht man geltend, daß in solchem Falle der auch aus Vertretern Süddeutschlands gewählte Reichstag über die inneren Angelegenheiten Nord- und Mitteldeutschlands beschließen könne und werde, während die nord- und mitteldeutschen Abgeordneten in die inneren Angelegenheiten Süddeutschlands nicht hineinzureden hätten. Man könnte diesem berechtigten Einwande dadurch die Spitze abbrechen, daß die süddeutschen Abgeordneten in Reichslandfragen nicht mitstimmen dürften. Aber bei den bestehenden parlamentarischen Verhältnissen ist es unwahrscheinlich, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstages für die eine oder die andere Lösung der deutschen Frage zu gewinnen wäre. Es wird also verfassungsrechtlich in absehbarer Zeit wohl alles beim Alten bleiben und auch der preußische Staat innerhalb des Deutschen Reiches fortbestehen. Er hat sogar von der Zukunft eher eine innere und äußere Kräftigung zu erwarten. Es ist in Aussicht genommen, einen Teil der Reichsverwaltung, der örtlich erledigt werden kann, den Ländern und den in diesen bestehenden Kommunen und Kommunalverbänden kraft Reichsauftrags zu übertragen. Je mehr sich die deutsche Neugliederung durch Änderung der Reichsverfassung in die Länge zieht, desto mehr schreit die Praxis und insbesondere die Finanznot der kleineren Länder nach praktischer Abhilfe. Voraussichtlich wird sich in den nächsten Jahren die Mehrheit der kleineren deutschen Länder gezwungen sehen, ihre staatliche Vereinigung mit Preußen zu vollziehen. Auf die Dauer wird auch der Rest der norddeutschen und mitteldeutschen Länder folgen. Es steht also zu erwarten, daß Preußen sich im Wege friedlicher Entwicklung über ganz Nord- und Mitteldeutschland verbreitern wird und nur Süddeutschland eine gewisse Selbständigkeit in dem mit Preußen gebildeten Reiche sich bewahrt. Mit der Vergrößerung des preußischen Anteils am Reichsgebiet und an der Reichsbevölkerung wächst natürlich auch der preußische Einfluß auf das Reich, die Reichsgesetzgebung und Reichsverwaltung. Die völlige Verpreußung des Reiches ist nicht nur eine Frage, sie ist ein Gebot der Zeit.

Wir Rheinländer haben keine Ursache, einer dahingehenden Entwick-

lung gram zu sein. Das Rheinstromgebiet, zu dem unsere Heimat gehört, ist durch die politische Entwicklung staatlich zerteilt und verteilt. Eine Reihe von Zollgrenzen zerschneidet seine naturgegebene wirtschaftliche Einheit. Der deutsche Rhein, ehemals die Lebensader des mittelalterlichen Reiches, ist nurmehr zum kleineren Teile noch reichsdeutsch. Wir haben durch unsere vor mehr als hundert Jahren erfolgte staatliche Vereinigung mit Preußen die Vorteile eines Großstaates kennen und schätzen gelernt, wir wollen sie auch in der Zukunft nicht missen. Geopolitisch gehört das preußische Rheinland zum Rheinstromgebiet, aber zugleich auch zur norddeutschen Tiefebene. Der preußische Staat hat den Raum der norddeutschen Tiefebene staatlich organisiert und geeinigt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird er ihn in absehbarer Zukunft durch Einsmelzung der noch fortbestehenden kleinen Länder vollkommen ausfüllen. Wollten wir uns von ihm abtrennen, so würden wir uns völlig isolieren, da die staatliche Einigung des anderen geopolitischen Raumes, zu dem wir gehören, des Rheinstromgebietes, auf unabsehbare Zeit als ausgeschlossen betrachtet werden kann. Im Rheinquellgebiet und im Rheinmündungsgebiet sind selbständige Staaten mit starkem Eigengefühl und starkem Selbstbewußtsein entstanden, die freiwillig nicht zum Reiche zurückkehren werden, und die wir nicht vergewaltigen können und nicht vergewaltigen wollen. Die übrigen Westgermanen des Rheinstromgebietes außerhalb der Reichsgrenzen sind unmittelbar oder mittelbar unter französische Herrschaft geraten. Wir selbst müssen Schutz vor französischer Begehrlichkeit suchen und können ihn nur in der Zugehörigkeit zu einem starken norddeutschen Großstaate finden. Wir sind Mußpreußen in einem anderen Sinne des Wortes als es in der Schweiz verstanden wird. Wir müssen bei Preußen verbleiben, wenn wir uns nicht schutzlos den französischen Eroberungsgelüsten ausliefern wollen. Wir müssen wünschen und nach Kräften darauf hinarbeiten, daß Preußen erhalten bleibt und wieder erstarkt, daß es in Zukunft noch mehr als bisher die Vorburg und Vormacht des Deutschtums wird. Wir haben aber auch alle Ursache, zu hoffen und zu wünschen, daß der altpreußische Geist der Sparsamkeit und Arbeitsamkeit, der selbstlosen Pflichterfüllung in unserem Vaterlande wieder lebendig wird und das gesamte Deutschland von innen heraus erneuert. Die alten Formen sind zerschlagen und werden nicht wiederkehren. Vieles, was unzeitgemäß, was zu starr geworden war, ist niedergerissen und wird nicht wieder aufgebaut werden. Aber die Grundmauern des Baues, die der Große Kurfürst, die Friedrich Wilhelm I., der Alte Fritz, Stein-Hardenberg und Bismarck geschaffen haben, stehen heute noch unverfehrt. Sie haben den größten Sturm aller Zeiten überdauert und werden noch in eine weite Zukunft hineinragen. Deutschland kann seine Geschichte nicht in jedem Jahrhundert von neuem beginnen. Es muß auf dem weiterbauen, was sich trotz aller Anfechtung in der Zeit und durch die Zeit bewährt hat. Das neue Deutsche Reich ist die Schöpfung Preußens und kann sich nur durch die Kräfte erhalten und befestigen, durch die es geschaffen worden ist. Diese Einsicht ist heute schon Gemeingut der deutschen Nation.